

NACHRICHTEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Baubranche legt kräftig zu

Das milde Wetter im Frühjahr hat der Baubranche im Südwesten im ersten Quartal gute Geschäfte beschert. Zwischen Januar und März stiegen die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro, wie die Landesvereinigung Bauwirtschaft in Stuttgart mitteilte. Besonders stark zogen der Wohnungsbau mit 10,1 Prozent sowie der Straßenbau mit 13,7 Prozent an. In dem Bereich gebe es aktuell einen harten Wettbewerb, da nur wenige Aufträge für Asphaltdecken auf dem Markt seien. (dpa)

KONSUMGÜTER

Waschmittel treiben Henkel an

Der Konsumgüterkonzern Henkel kann auch zum Jahresauftakt auf sein starkes Geschäft mit Waschmitteln bauen. Vor allem die Kernmarke Persil kam gut an. Im ersten Quartal stieg der Umsatz leicht um 0,6 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro. Ohne die Schwäche vieler Auslandswährungen und ohne Zu- und Verkäufe wuchs Henkel um 2,9 Prozent. Operativ verdiente das Unternehmen mit 751 Millionen Euro 6,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Überschuss stieg sogar um knapp 12 Prozent auf 525 Millionen Euro. (dpa)

BAUMÄRKTE

In Deutschland weiter gefragt

Die Baufachmärkte in Deutschland profitieren vom andauernden Bauboom. Bereits in den ersten drei Monaten verzeichneten sie mit 2,68 Milliarden Euro 3 Prozent mehr Umsatz als im Vorjahresquartal, wie das Marktforschungsinstitut GfK in Nürnberg mitteilte. Zurückzuführen ist der Wachstumskurs laut GfK auf die steigende Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland. (dpa)

VORWERK

Umsatz wächst zweistellig

Das Wuppertaler Familienunternehmen Vorwerk hat vor allem mit Luxus-Küchenmaschinen, Staubsaugern und Kosmetik den Umsatz 2015 um 23,9 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro gesteigert. Mit einem Plus von 49,4 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro sei der Verkauf der Küchenmaschine Thermomix mittlerweile das wichtigste Geschäftsfeld des mehr als 130 Jahre alten Unternehmens, berichtete Vorwerk-Gesellschafter Rainer Christian Genes in Düsseldorf. (dpa)



John Cryan spricht auf der Hauptversammlung in der Festhalle in Frankfurt. Der Brite wurde mit Ende des Aktionärstreffen alleiniger Vorstandschef des Instituts. BILD: DPA

Deutsche Bank sieht sich auf Kurs

- ▶ Altlasten sollen bald abgearbeitet sein
- ▶ Kritik von Aktionären auf der Hauptversammlung

Frankfurt/Main (dpa) Die Deutsche Bank will sich bei ihrem Radikalumbau nicht länger von teuren Altlasten bremsen lassen. „Bei aller Vorsicht sehe ich uns – was unsere Rechtsstreitigkeiten angeht – allmählich auf der Zielgeraden“, sagte Vorstandschef John Cryan auf der Hauptversammlung des Konzerns in Frankfurt. „Wir sind zuversichtlich, in diesem Jahr noch einige wichtige Verfahren abschließen zu können.“ Aktuell hat die Bank mit 7800 Rechtsstreitigkeiten zu tun, die meisten nach Cryans Angaben mit einem sehr niedrigen Streitwert.

In den vergangenen Jahren kosteten juristische Fehden Deutschlands größtes Geldhaus gut 12 Milliarden Euro – etwa wegen der Beteiligung an Zinsmanipulationen (Libor), umstrittenen Hypothekengeschäften und Verstößen gegen Handelsanktionen. Für noch drohende Strafen wurden weitere 5,4 Milliarden Euro zurückgelegt. „In diesem Jahr rechnen wir noch einmal mit weiteren Belastungen“, sagte Cryan. Viele Aktionäre zeigten sich frustriert. „Nach einer Dekade des Missmanagements ist die Deutsche Bank heute ein Sanierungsfall“, meinte Ingo Speich, Fondsmanager bei Union Investment. Und Hans-Christoph Hirt, Co-Chef der Aktionärsvertretung Hermes, urteilte: „In absehbarer Zeit wird die Deutsche Bank ein Restrukturierungsfall bleiben.“

Aufsichtsratsvorsitzender Paul Achleitner versicherte, die Bank werde bei der Aufarbeitung von Skandalen auch nach dem Rücktritt von Chefaufklärer Georg Thoma nicht nachlassen: „Wir alle im Aufsichtsrat sind uns einig, dass die Altlasten und andere mögliche Verfehlungen auch künftig konsequent

aufgearbeitet und daraus Lehren gezogen werden.“ Thoma hatte Ende April nach öffentlicher Kritik seinen Rücktritt erklärt. Dem Juristen Thoma, den Achleitner erst 2013 für den Aufsichtsrat gewonnen hatte, waren „Übereifer“ und „juristische Selbstverwirklichung“ vorgeworfen worden. Mit seinen Alleingängen habe er alle übrigen 19 Aufsichtsräte gegen sich aufgebracht.

Die Turbulenzen im Aufsichtsrat kurz vor dem Aktionärstreffen hatten auch die Kritik an Achleitner befeuert. Dem seit Juni 2012 amtierenden Chefkontrolleur wird vorgeworfen, für eine schleppende Aufarbeitung der Altlasten mitverantwortlich zu sein. Zudem habe er zu lange am Investmentbanker Anshu Jain als Co-Chef festgehalten. Bei der Hauptversammlung drohte Achleitner ein Denkkettel: Einflussreiche Aktionärsvertreter sprachen sich dafür aus, den Aufsichtsratschef nicht zu entlasten. Er selbst gab sich kämpferisch. Er sehe für einen Rückzug keinen Anlass: „Ich stehe zu meiner Pflicht und Verantwortung.“



Aktionäre gehen vor Beginn der Hauptversammlung der Deutschen Bank an einem Logo des Unternehmens vorbei. BILD: DPA

Jain war nach einer Schlappe beim Aktionärstreffen vor einem Jahr zum 1. Juli 2015 von Cryan abgelöst worden. Der Brite übernahm mit Ablauf der diesjährigen Hauptversammlung schließlich die alleinige Führung. Co-Chef Jürgen Fitschen verlässt den Vorstand, der 67-Jährige wird die Bank aber weiterhin im Geschäft mit Unternehmen in Deutschland und Asien unterstützen.

Nach dem Rekordverlust von 6,8 Milliarden Euro im vergangenen Jahr und

.....
„Wir sind zuversichtlich, in diesem Jahr noch einige wichtige Verfahren abschließen zu können.“

.....
John Cryan, Chef der Deutschen Bank

dem radikalen Umbau der Führungsebene arbeitet die Deutsche Bank an einer Trendwende. „Wir sind noch nicht dort, wo wir sein wollen“, räumte Achleitner vor den Aktionären ein. „Unser Image in der Öffentlichkeit muss noch deutlich besser werden.“ Gleichzeitig betonte er jedoch: „Nach allen Turbulenzen des vergangenen Jahres sind wir hier im Aufsichtsrat nun zuversichtlich, dass die Deutsche Bank in die richtige Spur gekommen ist.“ Der neue Vorstand komme auf dem Sanierungskurs gut voran.

Deutschlands größtes Geldhaus streicht unter anderem im eigenen Haus unter dem Strich 9000 Arbeitsplätze, 4000 davon in Deutschland. Bis Ende 2017 will die Deutsche Bank ihr Filialnetz im Heimatmarkt um knapp ein Drittel auf 500 Standorte schrumpfen, aus etlichen Auslandsmärkten zieht sich der deutsche Branchenprimus zurück.

.....
SK PLUS Mit welchen Problemen die Deutsche Bank nach wie vor zu kämpfen hat, erfahren Sie unter www.suedkurier.de/plus

Die Chiefs des Branchenprimus

▶ **Paul Achleitner** (59): Der Aufsichtsratschef trat sein Amt zusammen mit der Doppelspitze Jain/Fitschen am 1. Juni 2012 an. Er galt lange als Strippenzieher in den Frankfurter Zwillingstürmen, doch Kritiker meinen, Achleitner habe zu lange an Jain festgehalten und so die Aufarbeitung alter Skandale gebremst. Auch seine eigene Rolle bei der Aufklärung der Libor-Zinsmanipulationen wird hinterfragt. Achleitner selbst wies die Vorwürfe wiederholt zurück.



▶ **John Cryan** (55): Seit seinem Amtsantritt greift der Brite bei der Deutschen Bank durch. Als Finanzchef der Schweizer Großbank UBS (2008 bis 2011) sammelte Cryan bereits Erfahrungen mit einem Radikalumbau. 2013 holte Achleitner den Finanzprofi ins Kontrollgremium des deutschen Branchenprimus. Mit den Problemen des Konzerns war Cryan somit bestens vertraut, als die Bank ihn Anfang Juni 2015 zum Vorstandschef berief.



▶ **Jürgen Fitschen** (67): 1987 kam Fitschen zur Deutschen Bank und rückte 2001 in den Vorstand auf. Im Juni 2012 wurde er Co-Chef – an der Seite des Investmentbankers Jain. Jain wurde nach glücklosen Jahren im Sommer 2015 abgelöst, Fitschen behielt seinen Job noch bis zur diesjährigen Hauptversammlung. Kurz nach seinem Antritt an der Konzernspitze hatte er der Bank einen Kulturwandel verordnet – doch die Altlasten waren größer als erwartet.



DIE AKTUELLE ÖKONOMISCHE FRAGE

Rente bald erst mit 70 Jahren?



Wolfgang Schäuble hat recht: Um das Renteniveau zu sichern, ist eine Anhebung des Rentenalters unumgänglich.

VON FRIEDRICH BREYER

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat eine Debatte um das Renteneinstiegsalter angestoßen, die dringend nötig war. Denn nach den Rentenreformen im Zuge der Agenda 2010 und dem Beschluss, das Rentenalter bis 2031 auf 67 Jahre anzuheben, dachten viele Deutsche, dass das System der gesetzlichen Rentenversicherung ein für alle Mal saniert sei. Die jetzige Bundesregierung ging sogar noch weiter und sattelte mit der „Mütterrente“ und der „Rente mit 63“ sogar wieder kräftig drauf. Aber kein Politiker wagt es zu fragen, ob die Rentenfinanzen auch noch in den 30er- und 40er-Jahren

dieses Jahrhunderts solide sein werden, wenn die Alterung der Bevölkerung voll durchgeschlagen hat.

Der Bochumer Rentenexperte Martin Werding hat kürzlich ausgerechnet, dass bei realistischen Annahmen über die weitere demografische Entwicklung der Beitragssatz zur Rentenversicherung spätestens im Jahr 2035 die vom Gesetzgeber vorgesehene Höchstgrenze von 22 Prozent übersteigen und 2050 sogar 25 Prozent betragen wird – und das bei stetig fallendem Rentenniveau. Wenn die Politik, wie jüngst angekündigt, ein Absinken des Rentenniveaus von derzeit knapp 50 Prozent der Bruttolöhne auf langfristig unter 45 Prozent durch weitere Leistungssteigerungen verhindert, bedeutet das einen noch schnelleren Anstieg des Beitragssatzes in der Zukunft.

Will man die beschriebene Entwicklung von ständig steigenden Beiträgen und sinkendem Rentenniveau auch nur einigermaßen abmildern, so blei-

ben dafür – neben einem radikalen Schwenk in der Einwanderungspolitik zugunsten humanitärer und zugunsten ökonomischer Ziele, den kaum jemand will – nur zwei Instrumente. Das eine ist eine immer stärkere Steuerfinanzierung der Renten, für die das Potenzial jedoch begrenzt ist. Schon jetzt fließen jährlich 86 Milliarden Euro vom Bundeshaushalt in die Rentenkassen, und eine weitere Anhebung würde den Spielraum des Finanzministers für Investitionen und andere wichtige Staatsaufgaben immer stärker einengen.

Steigende Lebenserwartung

Kein Wunder, dass Schäuble dies als Gefahr sieht und daher die einzige vernünftige Alternative betont: eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Diese ist sehr gut zu rechtfertigen, wenn auch die Lebenserwartung weiter steigt und die Relation gewahrt bleibt, das heißt wenn beispielsweise bei einer Zunahme der Lebenserwartung um

drei Jahre die Altersgrenze für den Rentenbezug um zwei Jahre steigt. Ob man für gesundheitlich besonders belastete Menschen einen Ausgleich schafft, ist eine davon unabhängige Frage.

Erwartbar war auch die ablehnende Reaktion führender SPD-Politiker auf den Schäuble-Vorschlag. Ihnen steckt noch die Niederlage in der Bundestagswahl 2009 in den Knochen, die nicht zuletzt mit der Einführung der „Rente mit 67“ durch den damaligen Arbeitsminister Müntefering in Verbindung gebracht wird. Die Lehre aus dieser Abstrafung durch den Wähler darf jedoch nicht sein, notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentensystems so lange zu verschieben, bis es zu spät ist. Vielmehr macht es uns unser Nachbarland Niederlande vor, wie man mit steigender Lebenserwartung verantwortlich umgeht: Dort hat der Gesetzgeber eine automatische Anpassung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung beschlossen, die

2024 in Kraft tritt. Bis dahin wird die Altersgrenze von heute 65 Jahren und 3 Monaten auf 67 Jahre erhöht. Der Vorteil der Automatik ist, dass die Anhebung des Rentenalters nicht als Gemeinheit der gerade regierenden Parteien hingestellt werden kann, sondern als nüchterne Folge einer versicherungsmathematischen Gleichung. Auch sollte man jetzt schon die Weichen für eine neue Renteneintrittsformel stellen, denn bis 2031 ist es nicht mehr weit und die Lebensplanung der heute 40- bis 50-jährigen Arbeitnehmer wäre berührt. Indes, die Hoffnung, dass Politiker so langfristig denken, ist gering. Denn es ist allemal populärer, für die nächste Wahlperiode Geschenke zu verteilen, als unangenehme Wahrheiten über die Zukunft auszusprechen.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.